

INFOPERU Nr. 47

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

04.12 2016

Inhaltsverzeichnis:

1. Editorial (Hildegard Willer)
2. „Ich habe mich in die Selva verliebt“ - Interview mit Sandy El Berr
3. Quinoa und Milch statt Kupfer (Michael Schrick)
4. Perus Klimapolitik nach der COP 22 (Michael Jakob)
5. „Deutschland schreibt seine Geschichte um“ - Interview mit Francisco Cárdenas
6. Unverzichtbar: Community Radios in Peru (Bettina Hoyer)
7. Wen beschützen peruanische Polizisten ? (Heinz Schulze)
8. Danke Rodolfo Stavenhagen 1932 – 2016 (Heinz Schulze)
9. Veranstaltungen

1.Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

wenige Tage nach der Wahl Donald Trumps zum nächsten Präsidenten der USA trafen sich die Präsidenten der Mitgliederstaaten des Asien-Pazifik-Forums APEC zu ihrer jährlichen

Versammlung in Lima. Die Bürger Limas wurden vorsorglich an diesen Tagen in Ferien geschickt - die hohen Besucher sollten nicht stundenlang im Stau stehen, wie es die Limenheros an Werktagen üblicherweise tun.

Die hohen Besucher waren die Präsidenten der 21 Mitgliedsstaaten der APEC, darunter die mächtigsten Männer der Welt: Barack Obama aus den USA, Vladimir Putin aus Russland und Xi Jinping aus China. Zusammen machen die APEC-Staaten 59% des globalen BIP und knapp 50% des Welthandels aus. Die mächtigste Frau der Welt, Angela Merkel, war nicht dabei. Die EU - wie auch Indien, Afrika oder Brasilien - gehören nicht zu den Pazifik-Anrainerstaaten.

(Noch) nicht dabei war auch Donald Trump - obwohl seine Wahl die Agenda des Treffens dominierte. Ist doch die APEC in erster Linie ein Wirtschaftsforum und sollte die *Trans Pacific Partnership TPP* der nächste Freihandelsvertrag für den Pazifikraum werden - ohne China wohlgeherkt, dafür unter Führung der USA. Damit, so war beim APEC-Gipfel klar, wird es nun nichts. Donald Trump hat dem Freihandelsabkommen TPP bereits eine Absage erteilt. Darüber freute sich vor allem Xi Jipeng, der chinesische Präsident. Denn China hat bereits angeboten, in die Bresche zu springen, da wo die USA als Handelspartner nun ausfallen werden. Nach dem APEC-Gipfel machte der chinesische Präsident eine Rundreise durch mehrere südamerikanische Staaten. Vor dem peruanischen Parlament wehte dafür die chinesische rote Flagge. Noch vor 20 Jahren wurde die Mao-Fahne einzig vom Leuchtenden Pfad in Peru gehisst. Eine Ironie der Geschichte, dass sie nun ganz offiziell vor dem Kongress wehte ?

Für Peru ist China bereits heute wichtigster Handelspartner und wichtiger Investor. Nicht umsonst ging die erste Auslandsreise von Präsident Kuczynski nach China. Chinesische Firmen sind im Bergbau (Shougang, Las Bambas, Toromocha) inzwischen führend. In Peru löst der Hegemon China den Hegemon USA bereits ab. Noch ist nicht sichtbar, was dieser Wechsel für die peruanische Politik und die Alltagskultur bedeuten wird.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre des InfoPeru mit interessanten Artikeln und Interviews aus und über Peru,

Hildegard Willer

Infostelle Peru e.V.

2. Sandy El Berr: „Ich habe mich in die Selva verliebt“

Hautnah hat die deutsche Ethnologin Sandy El Berr miterlebt, wie sich indigene Völker gegen die Ausbeutung und Zerstörung ihrer Heimat im Amazonas-Regenwald wehren. Sie erzählt, was sie in sechs Jahren als Fachkraft von Brot für die Welt beim Instituto de Defensa Legal und bei den Awajún und Wampis im nördlichen Regenwald gelernt hat.

Infostelle Peru: Dein Arbeitsplatz lag ja nicht gerade um die Ecke, schon die Anreise bis zur Provinz Condorcanqui an die ecuadorianische Grenze war abenteuerlich....

Sandy El Berr: Ja, das war eine Anreise von mehreren Tagen, zuerst von Lima nach Chiclayo mit dem Flugzeug, dann mit dem Bus nach Jaén, von dort aus mit dem Auto nach Bagua und dann nach Imacita, einem kleinen Dorf mit Hafen, das am Marañon-Fluss liegt. Dann geht es mit dem Schnellboot weiter, so 3 – 4 Stunden bis zum Sitz einer der großen Awajun-Basisorganisationen, mit denen wir sehr eng zusammen gearbeitet haben. Und wenn wir die Awajun- und Wampis-Gemeinden besucht haben, dann weitere 3 Stunden mit dem Schnellboot, und bis zum ersten Dorf sind es dann nochmals 5 – 7 Stunden zu Fuß auf schmalen Pfaden durch den bergigen Regenwald. Von dort aus heißt es ebenfalls Fußmarsch zu den anderen Dörfern. Die Flüsse, wo sie befahrbar sind, und die schmalen, mit der Machete eingehauenen Waldpfade bilden die einzige Verkehrsinfrastruktur der Region. Und die Mehrheit der Gemeinden möchte dies auch so belassen. Denn der schwere Zugang hat es ihnen erleichtert, sich erfolgreich gegen Drogenhandel, Besiedlung durch Mestizen und Goldsucher zu wehren.

Infostelle Peru: Wie sah Deine Arbeit denn aus?

Sandy El Berr: Zusammen mit dem Team vom IDL habe ich die lokalen Indigenen-Gemeinschaften und Basisorganisationen in ihrem Organisationsprozess begleitet. Ganz besonders wichtig war die Weiterbildung zu indigenen und verfassungsmäßig garantierten Rechten, die Beratung im Widerstand gegen geplante Bergbauprojekte, die Erdölförderung und dem Straßenbau ohne vorherige Konsultation und akzeptable Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudien. Aber auch die Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit sowie Advocacy bei peruanischen Regierungsvertretern, in Deutschland, Brüssel und internationalen Organisationen. Gemeinsam haben wir eine Doku-Reportage zum Thema Nationalpark vs. Goldabbau in der Cordillera del Condor gedreht, Artikel veröffentlicht und Radiointerviews in nationalen und regionalen Radiostationen ausgesendet. Und auf der Grundlage der gemeinsamen Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen vor Ort haben wir Verfassungsklagen in einem interdisziplinären Team erarbeitet und eingereicht. Wichtig war, dass die indigene Sichtweise über die Auswirkungen, die die extraktiven Projekte auf ihr Leben als indigene Gemeinden haben, ein wesentlicher Teil der Klageschriften war. Und der Protagonist der Klagen war nicht etwa der Anwalt, sondern die Indigenen selbst, die wir vorbereitet haben, damit sie vor Gericht ihr Rederecht („informe de hechos“) wahrnehmen konnten, was in Peru bislang unüblich ist.

Zurück zum Goldabbau in der Cordillera del Condor: Die Regierung hatte die Gegend im nördlichen Department Amazonas, an der Grenze zu Ecuador, das Awajun und Wampis-Territorium ist, eigentlich als Nationalpark vorgesehen. Dafür hatte der Staat eine vorbildliche, zwei Jahre andauernde vorherige Befragung mit den Indigenen durchgeführt und ihr Einverständnis zur Errichtung und dem genauen Verlauf des Parks erhalten. Als dann aber der Park 3 Jahre später gegründet wurde, hatte er nur die Hälfte des vorgesehenen Gebietes. Für die andere Hälfte wurden Schürfkonzession für den Goldabbau vergeben. Zeitweise waren es mehr als 100 Konzessionen, und zwar ohne, dass die dort lebenden indigenen Völker vorher konsultiert wurden, wie es das Gesetz vorschreibt.

Auch aus anderen Gründen hätte die Abbaugenehmigung nie vergeben werden dürfen: Zum einen ist die Cordillera del Condor Quellgebiet der Flüsse des Maranhón. 12 000 – 14 000 Menschen der Völker der Wampis und Awajun leben in diesem Hot Spot der Biodiversität, deren Lebensgrundlagen und Wasserversorgung vom Goldabbau bedroht werden. Zum anderen hat das peruanische Unternehmen namens Afrodita, das aktuell das Gold ausbeuten will, keine Genehmigung zur Nutzung des Oberflächenlandes.

Infostelle Peru: Wie habt Ihr erreicht, dass das Projekt gestoppt wurde?

Sandy El Berr: Zuerst mal haben wir geschafft, dass die verschiedenen lokalen Vertretungen der Indigenen zusammengearbeitet und gemeinsam juristisch gegen das Bergbauprojekt vorgegangen sind. Mittels verschiedener Klagen und juristischer Eingaben, unzähliger Versammlungen mit Regierungsvertretern und der Ombudsstelle für Menschenrechte sowie Presseartikeln und Radiointerviews haben wir erreicht, dass die zuständige Regionalregierung von Amazonas das Abbauprojekt „Afrodita“ im September 2016 ausgesetzt hat, weil es keine Vorabkonsultation gegeben hat.

Allerdings ist das Projekt damit noch nicht ganz vom Tisch: die Regionalregierung will jetzt neue Leute aus anderen Regionen, die der Mine freundlich gesinnt sind, in den Bergbaukonzessionen ansiedeln. Dies im Hinblick auf eine künftige Befragung bzw. Vorabkonsultation, um damit eine Zustimmung für das Bergbauprojekt zu erhalten.

Denn die anderen Gemeinden, die sich dagegen wehren, leben bislang am Fuß der Bergkette der Cordillera del Condor und würden von der zukünftigen Konsultation ausgeschlossen werden. Das liegt daran, dass der Staat nur diejenigen Gemeinden konsultieren will, die innerhalb der Konzessionen liegen, aber nicht alle Gemeinden, die mittelbar oder unmittelbar von den Auswirkungen des Bergbauprojekts betroffen sind. Und besiedeln wollen die widerständigen Gemeinden die Cordillera del Condor nicht, denn diese Region ist für sie Schutzgebiet; seit knapp 10 Jahren fordern sie, dass der Staat den Nationalpark in diese Region ausweitet, so wie es im Konsultationsprozess vereinbart wurde.

Infostelle Peru: welche Prognose siehst Du für den Schutz des Regenwaldes und der indigenen Völker unter der neuen peruanischen Regierung?

Zum einen ist es positiv, dass die Frente Amplio den Vorsitz im parlamentarischen Ausschuss für Indigene Völker hat. Ansonsten lassen aber die Mehrheit der Fujimoristas im Parlament sowie das auf Extraktivismus basierende Wirtschaftsmodell Perus wenig Optimismus zu. Da die Rohstoffeinnahmen zurückgehen, wird die Regierung weiter Umweltvorschriften lockern, um ausländische Investoren anzulocken.

Infostelle Peru: Was sind Deine wichtigsten Erkenntnisse aus 6 Jahren Arbeit im Regenwald?

Sandy El Berr: Mir ist die interdisziplinäre Arbeit sehr wichtig gewesen. Ich habe als Ethnologin ja mit Juristen und Journalisten zusammengearbeitet. Und von zentraler Bedeutung war die Arbeit in Netzwerken. So haben wir zum Beispiel das Amazonas-Kollektiv institutionalisiert, in dem verschiedene, zumeist peruanische Nichtregierungsorganisationen zusammengearbeitet haben.

Neben dem Instituto de Defensa Legal IDL handelt es sich um Cooperación, CAAAP, Forum Solidaridad, ERI (Earth Rights International) und Perú Equidad, und im Amazonas um die von den Jesuiten betriebenen lokalen Bildungsradios Radio Marañon (Jaén) und Radio Kampagkis (Santa María de Nieva) sowie die Jesuitenorganisation SAIPE. Diese Zusammenarbeit im interdisziplinär ausgerichteten Kollektiv war sehr fruchtbar und effektiv. Nur so konnten wir die komplexen und arbeitsintensiven juristische Präzedenzfälle angemessen dokumentieren, begleiten, verteidigen und sie öffentlich machen. Und es ist nicht zu vergessen, dass insbesondere die indigenen dirigentes wie Zebelio Kayap, aber auch wir als Organisationen der Zivilgesellschaft der Kriminalisierung und Diffamierung seitens des Staates und der extraktiven Unternehmen ausgesetzt waren. Eine gemeinsame Haltung und Verteidigungsstrategie war da sehr hilfreich.

Dann habe ich mich aber auch in die Selva, also den Amazonasregenwald mit seiner unglaublichen Biodiversität, seinen einmaligen Geräuschen und Gerüchen, seinen ruhigen Bächen und reißenden Strömen verliebt. Und der Kampf der Wampis und Awajun um ihre Identität und ihr Land hat mich tief beeindruckt. Ich habe dort tolle Menschen kennengelernt und viele Freunde gewonnen, die mir von ihrer Kultur, Lebensweise und ihren Strategien zur Verteidigung ihres Territoriums und der Ressourcen beigebracht haben. Sehr beeindruckt hat mich der organische Gartenbau mit einer großen Anzahl nahrhafter Anbaukulturen, den die Frauen betreiben, oder wie man sich in der Selva bewegt, oder die Schöpfungsmythen, oder die Legenden, die immer wieder neu erzählt oder gesungen wurden, um die Jüngeren zur Verteidigung ihres Landes zu motivieren.

Infostelle Peru: wo haben wir als Zivilgesellschaft in Deutschland Hebel, um auf die peruanische Politik einzuwirken?

Sandy El Berr: Deutschland importiert aus Peru Gold und Kupfer, und es hat eine Rohstoffpartnerschaft mit Peru. Da könnte man die Bundesregierung stärker drängen, dass sie nachvollziehbar die Einhaltung von Menschenrechten, insbesondere der Vorabkonsultation und der Landrechte Indigener, und von Umweltstandards in der gesamten Lieferkette verlangt. Und dann gibt Deutschland eine Menge Entwicklungshilfegelder an den Waldschutz in Peru. Wie kann es aber dann sein, dass die peruanische Regierung Projekte zur Goldförderung in hochsensiblen, für den Naturschutz ausgewiesenen Zonen des Regenwaldes vergibt? Da könnte Deutschland die Waldschutzgelder an entsprechende Bedingungen knüpfen.

Infostelle Peru: Vielen Dank, Sandy für das Interview und alles Gute für Deine neue Aufgabe ab April 2017 als Büroleiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mexiko

Sandy und das Team von IDL haben eine Doku-Reportage über das Leben der Awajún in der Provinz Condorcanqu gedreht, die man hier abrufen und frei weiterleiten darf.

Doku-Reportage YUMi – Agua es Vida, mit dt. Untertiteln.

<https://vimeo.com/187405927>

clave: Yumi237peX

Interview: Hildegard Willer

3. Quinoa und Milch statt Kupfer

Ein Projekt der Humboldt-Universität Berlin beschäftigt sich mit dem Bergbau in Peru.

2016 führte das Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt-Universität Berlin vier Studienprojekte in Afrika und Südamerika durch. Während der Auslandsstudienprojekte werden Kenntnisse, Methoden und Instrumente praktisch angewendet, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den vorangegangenen Kursen gelernt haben, und am Praxisbeispiel vertieft. Da es sich bei diesem Format um professionelle Studien im Auftrag entwicklungspolitischer Organisationen handelt, sind ein direkter Nutzungszusammenhang und ein hohes Interesse vor Ort gegeben.

Nach 1999, als es um Bewässerung ging, und 2005 (zum Thema Kartoffelanbau) hatte die diesjährige, von Camilo Vargas Koch geleitete in Peru tätige Gruppe die Umweltauswirkungen des Bergbaus und mögliche Alternativen zum Thema. Regionale Schwerpunkte waren das derzeit auf Eis liegende Conga-Projekt in Cajamarca und das Mantaro-Tal in Zentralperu mit dem metallurgischen Komplex La Oroya und einigen großen Kupferminen in der Umgebung. Den Auftrag zu der Studie hatte das Bischöfliche Hilfswerk MISEREOR gegeben.

Am 22. November stellten Constantin Bittner, Vanessa Dreier, Moritz Fichtl, Annika Gottmann und Wiebke Thomas in der Humboldt-Universität ihre Ergebnisse vor, die sie in zahlreichen Gesprächen und Interviews mit Betroffenen und Institutionenvertreter/innen gewonnen hatten. In Peru wurde das Projekt in Zusammenarbeit mit dem bergbaukritischen Netzwerk Red Muqui durchgeführt, ein langjähriger Partner der Informationsstelle Peru und der Kampagne „Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“. Um angesichts der Zeitknappheit nicht an der Oberfläche zu verbleiben, konzentrierten sie sich in ihrer Darstellung auf Cajamarca.

Einige Aspekte ihrer Präsentation und der anschließenden Diskussion waren die durch den Bergbau verursachten sozialen Konflikte und die dramatische Wassersituation (so ist der Grundwasserspiegel um teilweise bis zu 100 Meter gesunken). Eine hydrologische Studie zum Conga-Projekt (eine vorgesehene riesige Erweiterung der größten Goldmine Lateinamerikas, Yanacocha, mit Kupferabbau, zu der es seit Jahren heftige Proteste gibt) gibt es ebenso wenig wie eine bestätigte Flächennutzungsplanung. Die schon vor ein paar Jahren durch die Regionalverwaltung Cajamarca ausgearbeitete *Zonificación Económica Ecológica* (ZEE) wird von der Zentralregierung in Lima nicht anerkannt.

Beklagt wurden auch die Fragmentierung der politischen Zuständigkeiten in Peru und die politische Bedeutungslosigkeit des Umweltministeriums, die die Lösung von Verteilungs- und Umweltkonflikten nahezu unmöglich machten.

Zum Thema „Alternativen zum Bergbau“ kamen die Teilnehmenden rasch auf die Landwirtschaft zu sprechen. Die Region Cajamarca verfüge über eine große Agrobiodiversität, zudem sei sie führend in der Milchproduktion. Die Vermarktung von Pflanzen wie der Quinoa, der Verkauf der Milch an lokale Käseproduzent/innen anstelle von Großkonzernen wie Leche Gloria und Nestlé und die Gründung eigener Kooperativen werde dazu beitragen können, die Abhängigkeit der Bevölkerung vom Bergbau zu mindern.

In der Diskussion wurde jedoch klar, dass die Landwirtschaft nie ganz den Bergbau ersetzen können. Zum einen schöpfe sie ihre Potenziale nicht aus, zum anderen genieße sie nur ein niedriges Prestige. Auch bei Quinoa und anderen landwirtschaftlichen Produkte blieben die Preise weit hinter den Erwartungen zurück. Vielleicht auch wegen der vielen Fragezeichen in der Frage nach den Alternativen zum Bergbau nahm dieses Thema in den Untersuchungen nur eine untergeordnete Rolle ein. Gleichwohl sei auch der Bergbau als Entwicklungsstrategie nicht ausreichend. Auch müssten Strategien entwickelt werden, was mit den 8616 aus dem Bergbau resultierenden Altlasten in Peru passieren solle und wie die Bevölkerung in der Region mehr vom Bergbau profitieren könne. Nach wie vor ist Cajamarca die ärmste Region Perus.

Die Diskussionsergebnisse werden in die abschließende Studie einfließen, die in den nächsten Monaten fertig gestellt wird und im nächsten Jahr die Arbeit von MISEREOR und dem Red Muqui vor Ort unterstützen soll.

Michael Schrick

4. Perus Klimapolitik nach der COP 22

Im November ging die 22. Weltklimakonferenz in Marrakesch zu Ende. Michael Jakob gibt einen Überblick über die Positionen Perus in Energie- und Klimapolitik

Peru ist verwundbar durch den Klimawandel

Ungebremster Klimawandel könnte schwerwiegende Folgen für Peru mit sich bringen. So schätzt beispielsweise die Zentralbank des Landes, dass bereits ein moderater Temperaturanstieg das BIP-Wachstum bis zum Jahr 2050 um etwa 20% verringern könnte. Die 20. Verhandlungsrunde der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen („Conference of the Parties“, COP), die 2014 in Lima stattfand, hat sicherlich dazu beigetragen, den Klimawandel als wichtiges Anliegen im nationalen Bewusstsein und in der peruanischen Politik zu verankern. Auch wenn die Wahl des ausgewiesenen Klimaskeptikers Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten die diesjährige COP überschattete, gab es auch positive Signale aus Marrakesch. So erklärte bei der Abschlussveranstaltung am 19. November eine Koalition von 48 besonders von Klimawandel gefährdeten Staaten, langfristig gänzlich aus fossilen Energien aussteigen zu wollen. Auch wenn Peru – ungeachtet seiner Verwundbarkeit gegenüber klimatischen Veränderung – nicht Teil dieser Koalition war, hat die peruanische Delegation erneut ihre Bereitschaft bekundet, im internationalen Verhandlungsprozess eine konstruktive Rolle zu spielen und als regionaler Vorreiter in Sachen Klimaschutz zu fungieren. So hat Peru sich gemeinsam mit 21 anderen Staaten der „2050 Pathways Platform“ angeschlossen, deren Ziel es ist, langfristige Klimaschutzstrategien auszuarbeiten.

Energieverbrauch stark gewachsen

Seit dem Jahr 2004 ist der Energieverbrauch in Peru – getrieben durch starkes Wirtschaftswachstum und die Ausweitung extraktiver Industrien – im Durchschnitt um jährlich 6.4% angewachsen. Erdöl ist weiterhin die wichtigste Energiequelle des Landes, es deckt mehr als 45% des nationalen

Verbrauchs, insbesondere in Form von Benzin und Diesel für den Personen- und Güterverkehr. Erfreulicherweise wird Öl aber inzwischen kaum mehr zur Stromerzeugung eingesetzt. Stattdessen hat der Erdgasboom der letzten Jahre dazu geführt, dass mittlerweile ca. 40% des Stroms (und mehr als ein Viertel des gesamten Energieverbrauchs) durch Gas gedeckt werden, mehr als die Hälfte stammt aus Wasserkraftwerken. Allerdings gehen Experten davon aus, dass die Erdgasvorräte bereits in einem Jahrzehnt zur Neige gehen könnten.

Theoretisch verfügt Peru über ein substantielles Potenzial erneuerbarer Energiequellen, insbesondere Solar und Wind, die langfristig eine klimafreundliche und kostengünstige Stromversorgung sicherstellen könnten. Bereits jetzt besteht die Vorgabe, dass 5% des Stroms aus „nicht-konventionellen“ erneuerbaren Quellen stammen müssen (hierbei sind große Wasserkraftwerke ausgeschlossen). Die Einspeisevergütung für diesen „Ökostrom“ wird über eine jährliche Auktion („subasta“) geregelt, bei der die günstigsten Anbieter den Zuschlag erhalten. Im Rahmen des letzten subasta wurde Wind für 4 US\$/kWh und Solar für 5 US\$/kWh angeboten (zum Vergleich: in Deutschland liegen die günstigsten Solarkraftwerke bei etwa 8 US\$/kWh). Dies liegt deutlich unter den Kosten für Strom aus fossilen Kraftwerken. Das heißt, dass das Argument, dass erneuerbare Energien aus Kostengründen unattraktiv sind, für Peru so nicht gilt. Allerdings sind der verstärkten Nutzung von Strom aus Sonne und Wind im Augenblick noch enge technische Grenzen gesetzt, da das Netz nicht entsprechend ausgestaltet ist, um deren schwankender Verfügbarkeit Rechnung tragen zu können.

Im Gleichschritt mit dem wachsenden Energieverbrauch ist auch der Treibhausgasausstoß kräftig gewachsen, insbesondere in den Bereichen Strom, Transport und Industrie. In den letzten zehn Jahren lag der jährliche Anstieg bei durchschnittlich 5.8%. Momentan liegen die Treibhausgasemissionen bei ca. 5t CO₂-Äquivalenten pro Kopf (dies entspricht in etwa dem globalen Mittelwert und knapp der Hälfte der Emissionen eines durchschnittlichen Deutschen). Etwa zwei Drittel dieser Emissionen stammen aus der Landnutzung, insbesondere der Entwaldung im Amazonasgebiet, da das in Wäldern gespeicherte CO₂ im Zuge der Abholzung in die Atmosphäre entlassen wird.

Politische Weichenstellungen durch Waldschutz

Peru stößt etwa 0.3% der globalen Treibhausgasemissionen aus, so dass deren Vermeidung nur einen vergleichsweise geringen direkten Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten kann. Der gewichtigere Grund für ein Umsteuern in der Energie- und Landnutzung ist wohl, mögliche Entwicklungspfade für andere Länder aufzuzeichnen, wie Armutsminderung und Klimaschutz sinnvoll miteinander vereinbart werden können.

Vorgaben zur Emissionsminderung sind in der Estrategia Nacional ante el Cambio Climático (ENCC) festgehalten und als freiwillige Selbstverpflichtung („Intended Nationally Determined Contribution“, INDC) im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens formuliert. Hierbei werden, abhängig davon, ob finanzielle und technische Unterstützung von der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden, bis zum Jahr 2030 Emissionsminderungen von 20% bis 30% unter den „business-as-usual“ Fall in Aussicht gestellt. Dabei ist zu beachten, dass dieses „business-as-usual“ Szenario davon ausgeht, dass ohne aktive Politik die Emissionen bis zum Jahr 2030 um 75%

ansteigen würden. Selbst das ambitioniertere Politikziel würde also immer noch ein Emissionswachstum von ca. 40% bedeuten.

Konkrete Maßnahmen um die gesteckten Ziele zu erreichen gibt es bisher noch nicht. Fest steht lediglich, dass 60% der Emissionsvermeidung im Bereich Landnutzung stattfinden soll. Die kürzlich vorgestellte „Estrategia Nacional sobre Bosques y Cambio Climático“ zielt darauf ab, die Abholzung bis 2021 vollständig zu beenden und damit 3,5 Millionen Hektar Wald zu bewahren. Um dieses Ziel zu unterstützen, stellen Norwegen und Deutschland im Rahmen des REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) Early Mover Programms 90 Millionen US\$ pro Jahr zur Verfügung. REDD+ hat zum Ziel, finanzielle Anreize zur Bewahrung von Wäldern schaffen (und somit die Emissionen, die durch deren Abholzung entstünden, zu vermeiden). Außerdem gibt es eine Reihe von Pilotprojekten in den Bereichen erneuerbare Energien, Transport und Müllwirtschaft, um das Vermeidungspotenzial und die damit zusammenhängenden Kosten in diesen Bereichen zu explorieren.

Die nationale Klimaschutzstrategie befasst sich auch mit der Frage, wie sich Peru an klimatische Veränderungen anpassen kann. So sind seit 1970 die Gletscher bereits um 20-30% geschrumpft, was bereits jetzt schwerwiegende Folgen für den Wasserhaushalt des Landes mit sich bringt, insbesondere für die Cordillera Blanca und die Region um Cusco. Weitere wichtige Themenfelder sind die landwirtschaftliche Produktivität, Auswirkungen auf Artenvielfalt und die Ausbreitung von Krankheiten, wie z.B. Malaria und Dengue. Als erster Schritt zum effektiven Umgang mit Klimarisiken empfiehlt die ENCC eine Bestandsaufnahme möglicher Anpassungsmaßnahmen und der damit verbundenen Kosten. Die Regionen sind angehalten, Klimaschutzpläne auszuarbeiten, in denen strategische Zielsetzungen und institutionelle Rahmenbedingungen zur Emissionsminderungen sowie zur Anpassung dargelegt werden. Neun Regionen haben bereits solche Pläne vorgelegt.

Aussichten für eine grüne Steuerreform ?

Wie die Wahl von Pedro-Pablo Kuczynski (PPK) zum Präsidenten für die Umwelt- und Klimapolitik zu bewerten ist, ist nicht einfach zu bewerten. Zwar hat PPK im Wahlkampf angekündigt, das Umweltministerium abschaffen und den Bergbau weiter vorantreiben zu wollen. Allerdings sind Perus Verpflichtungen in internationalen Abkommen festgehalten. Aus diesen auszusteigen, oder sie schlichtweg nicht einzuhalten, würde wohl einen Reputationsverlust bedeuten, der sich negativ auf Perus Verhandlungsposition in anderen internationalen Abkommen auswirken könnte. *(Bisher hat PPK das Umweltministerium nicht abgeschafft, sondern mit der Ökonomin Elsa Galarza als Ministerin besetzt, d.Red.)*

Eine grüne Steuerreform wäre ein vielversprechender Weg, um umwelt- und finanzpolitische Zielsetzungen zu harmonisieren. Diese Idee basiert auf der Einsicht, dass es zielführender ist, Staatseinnahmen dadurch aufzubringen, dass man anstatt einer an sich wünschenswerten Aktivität (wie z.B. Arbeit) eine schädliche (wie den Ausstoß von Treibhausgasen) besteuert und somit gleichzeitig finanzielle Anreize für umweltgerechtes Verhalten liefert. In Kosten-Nutzen Rechnungen für öffentliche Investitionen werden die sozialen Kosten von CO₂-Emissionen bereits mit einem buchhalterischen Preis von 6.39 US\$ pro Tonne mit in die Kalkulation einbezogen. Im

Finanzministerium gibt es außerdem erste Bestrebungen, diesen Preis schrittweise auch direkt auf Benzin und Diesel zu erheben, um somit – zumindest mittelfristig – eine Änderung des Verbraucherverhaltens zu bewirken. Insbesondere wären also Autofahrer, die der Mittelklasse zuzurechnen sind, von einer solchen Maßnahme betroffen. Diese sind zwar zahlenmäßig in der Minderheit, verfügen aber über beträchtlichen politischen Einfluss.

Erfahrungen aus anderen Ländern haben gezeigt, dass die politische Machbarkeit eines solchen Ansatzes stark davon abhängt, wie er kommuniziert wird, wie die Bevölkerung im Vorfeld mit einbezogen wird und wie negative Auswirkungen auf die ärmsten Bevölkerungsschichten verhindert werden können. Hierbei ist eine zentrale Frage, wie die Einnahmen einer solchen Steuer verwendet werden. So wäre es denkbar, andere Steuern zu senken, um damit insbesondere Haushalte mit geringen Einkommen zu entlasten. Gezielte Investitionen um verstärkt Zugang zu Bildung, Gesundheitssysteme und Infrastruktur für Wasser und sanitären Anlagen zu schaffen, wären eine weitere Möglichkeit. In diesem Punkt stimmt es allerdings skeptisch, dass die Mittel, die durch den Canon Minero in ähnliche Projekte fließen sollen, in der Vergangenheit nur in den seltensten Fällen zu einer tatsächlichen Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den betroffenen Gemeinden geführt haben. Dies liegt zum einen daran, dass ein Teil der Mittel von den Gemeinden aufgrund der damit verbundenen hohen bürokratischen Anforderungen gar nicht erst abgerufen wurde, zum anderen daran, dass sie eher in Prestigeprojekte als in Grundversorgung geflossen sind.

Der erhoffte OECD-Beitritt Perus bildet eine Motivation eine solche „grünen Steuerreform“ weiter voranzutreiben, denn sie ist eine notwendige Voraussetzung, um Mitglied im Club der Industriestaaten werden zu können. Insbesondere die Verbindung mit Politikzielen, die einen direkt greifbaren Mehrwert für breite Teile der Bevölkerung versprechen, könnte vielversprechende Möglichkeiten eröffnen, um auf eine klimaverträgliche Wirtschaftsweise umzuschwenken. Ein Beispiel hierfür ist der Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs und der daraus resultierende Rückgang der Luftverschmutzung. Auch eine Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen, um gezielt eine Versicherung gegen Klimarisiken zu fördern wäre denkbar.

Kein einheitliches Bild

Die Aussichten für eine erfolgreiche Klimapolitik in Peru verbinden sich bisher (noch) nicht zu einem einheitlichen Bild. Vielmehr zeichnet sich ein Widerstreit ab, in dem weiterhin langfristige Umweltziele mit kurzfristigen Entwicklungszielen konkurrieren ohne Einbettung in eine konsistente Strategie nachhaltiger Entwicklung. Sicherlich ist davon auszugehen, dass die neue Regierung unter PPK weiterhin auf ein extraktives Wirtschaftsmodell setzen wird, das den Bergbau in den Mittelpunkt stellt und in dem Umwelt eine eher untergeordnete Rolle spielt. Jedoch lässt der Aufbau von Institutionen, Strategien und Plänen hoffen, dass das Thema Klimawandel weiterhin aktuell bleibt und somit der Weg für zukünftige Klimaschutzmaßnahmen geebnet wird. Auf welche Seite das Pendel schwingen wird bleibt abzuwarten.

Michael Jakob

Dr. Michael Jakob ist Klimaökonom am Mercator Research Institute in Berlin. Zwischen Januar

und Juni 2016 hat er zwei Fallstudien zur Klimaökonomie in Peru und Ecuador erstellt

5. Francisco Cárdenas: „Deutschland schreibt seine Geschichte um“

Francisco Cárdenas ist eine Art Entwicklungshelfer, der den umgekehrten Weg gegangen ist. Der Peruaner aus Cajamarca arbeitet in einem Berliner Bezirk mit, die ankommenden Flüchtlinge zu betreuen.

Francisco Cárdenas Ruiz, 35, wurde in Cajamarca geboren, studierte in Peru Jura und bekam über die Städtepartnerschaft zwischen seiner Heimatstadt und dem Berliner Bezirk Treptow-Köpenick Kontakt zu Deutschland, zur deutschen Sprache, und vor allem zu seiner deutschen Frau, die er schon im Jahr 2000 kennenlernte. Seit 8 Jahren lebt er nun in Berlin, hat eine kleine Tochter und absolvierte hier einen Master-Studiengang in „Recht für die öffentliche Verwaltung“. Heute arbeitet er im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf in der Koordinierung der Flüchtlingsarbeit der Bezirksverwaltung.

Ich treffe mich mit Francisco, um über seine Arbeit zu sprechen und seinen Blick auf den Umgang mit Flüchtlingen hierzulande zu erkunden.

Infostelle: Wie bist du zur Arbeit mit Flüchtlingen gekommen?

Francisco Cárdenas: Die Frage der Menschenrechte war schon immer sehr wichtig für mich. Auch in der Städtepartnerschaft setze ich mich dafür ein, und bei einem Pflichtpraktikum im Bundestagsausschuss für „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“ wurde ich mit dem Thema Flucht in Europa konfrontiert.- Als in Hellersdorf die rechte Bewegung „Nein zum Heim“ auf den Straßen sichtbar und hörbar wurde, wollte ich aktiv werden und suchte nach Möglichkeiten. In Treptow-Köpenick gab es wenig später Widerstand von Seiten der Einwohner gegen eine geplante Unterkunft im Salvador-Allende-Viertel. Das war der Anlass für eine Diskussion in unserer Städtepartnerschaft, die sich ja mit dem Thema Interkulturalität intensiv beschäftigt. Aus Peru flohen ja auch viele Menschen, die die Gewalt im Rahmen des „Internen Krieges“ nicht mehr ertragen oder politisch-links engagiert waren und in Europa oder den USA Zuflucht suchen mussten; auch über die Infostelle Peru lernte ich PeruanerInnen kennen, die deshalb nach Deutschland kamen und nun hier leben.

Infostelle Peru: Was ist deine Aufgabe für das Bezirksamt?

Francisco Cárdenas: Im Bezirk leben etwa 2.400 Geflüchtete in z.Zt. 7 Sammelunterkünften, und zusätzlich noch etwa 500 in Privatwohnungen, Hostels und Pensionen. Zu meinen Aufgaben gehören die Einhaltung und Entwicklung von Qualitätsstandards für die Unterbringung und Betreuung geflüchteter Menschen sowie die Koordinierung der bezirklichen Unterstützung der Geflüchteten bei ihren Integrationsbestrebungen. Ich bin Fachansprechpartner für die Ämter auf Landes- und Bezirksebene und versuche, darauf hinzuwirken, dass die Belange von geflüchteten Menschen bei allem wichtigen Verwaltungshandeln entsprechend berücksichtigt werden. Weiterhin fungiere ich als Schnittstelle für die Kommunikation zwischen der Verwaltung und den Flüchtlingseinrichtungen. Ich arbeite in direkter Abstimmung mit dem Integrationsbeauftragten des Bezirkes mit Trägern, Netzwerken, Initiativen, Selbsthilfegruppen und Beratungseinrichtungen im

Bereich Integration und Flüchtlingsarbeit zusammen. Unsere direkte Vorgesetzte ist die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (Die Linke). Im Bezirk werden verschiedene Projekte gefördert, beispielsweise planen wir schon lange Patenschaften für die sog. „Unbegleiteten Minderjährigen“, für die Unterstützung im Zugang zum Arbeits- und zum Wohnungsmarkt. Wir setzen uns als Bezirk dafür ein, dass junge Geflüchtete über 16 Jahre in die Schule gehen können und fordern das bei den zuständigen Ämtern ein.

InfoPeru: Wie ist dein Blick auf die Flüchtlings-Welle in Deutschland?

Francisco Cárdenas: Ich bewundere Deutschland, dass es die Rolle des Rechtsstaats ernst nimmt und diese große Aufgabe auf sich genommen hat! Große Teile der Bevölkerung tragen diese Aufgabe mit, wohl auch angesichts der z.T. schlimmen Vergangenheit Deutschlands. In Berlin war zwar das Verwaltungssystem z.T. auch überfordert, wie das Beispiel des LaGeSo (Landesamt für Gesundheit und Soziales) gezeigt hat, wo im Jahr 2015 Flüchtlinge tagelang, oft im Freien, anstehen mussten für Bescheinigungen, Gutscheine etc. – Und leider werden wohl jetzt auch zunehmend die Rechte der Geflüchteten eingeschränkt, etwa beim Familiennachzug, dem gekürzten Mindestlohn. Nur bei sog. „Guter Bleibeperspektive“ gibt es den Zugang zu Sprachkursen, so dass ich manchmal den Eindruck bekomme, Europa wolle nun vielleicht Flüchtlinge auch etwas abschrecken. –

Dennoch finde ich, dass die öffentliche Verwaltung auch eine erstaunliche Reaktionskapazität gezeigt hat und flexibel auf die neuen Herausforderungen reagiert. Und natürlich bewundere ich die Bereitschaft aus der Zivilgesellschaft zu helfen; das war eine große Überraschung für mich. In Peru wäre das so wohl nicht möglich und die Bereitschaft zu helfen viel geringer, unser Land ist auf Migranten nicht vorbereitet.

InfoPeru: Was überrascht dich an der täglichen Arbeit mit den Flüchtlingen?

Francisco Cárdenas: Ich habe nicht so viel direkten Kontakt, da ich hauptsächlich für die interne Koordinierung unserer Verwaltung zuständig bin und ja auch eine Sprachbarriere vorhanden ist. Wir setzen auf „Sprachvermittler“, die ehrenamtlich die Dolmetscherarbeit übernehmen, oder auf die sozialen Betreuer und „Integrationslotsen“, die zu den staatlichen Stellen vermitteln können. Aber es kommt schon vor, dass mich Geflüchtete persönlich aufsuchen und Unterstützung z.B. bei der Wohnungssuche erbitten. Da dachte ich erst, das sei zu viel von mir gefordert. Aber jetzt helfe ich doch manchmal. Und da merke ich dann, dass die Geflüchteten meist eine große Bereitschaft haben, auch ihrerseits zu helfen, anzupacken z.B. bei notwendigen Arbeiten in den Unterkünften. Sie wollen zurückgeben, was sie hier bekommen! Dagegen finde ich die doch von vielen Deutschen verächtlich gemachte Bezeichnung der sog. „Kuschelkultur“ gegenüber den Geflüchteten als absurd!

InfoPeru: Hast du selbst schon erlebt, dass du als Ausländer in Deutschland rassistisch oder aggressiv behandelt worden bist?

Francisco Cárdenas: Ich persönlich habe noch kein Mal rassistische Übergriffe oder Beleidigungen erlebt; im Gegenteil habe ich schon Vorteile gehabt durch die Tatsache, dass ich Ausländer bin, etwa beim Studium. Ich werde hier als Individuum wahrgenommen, während die Flüchtlinge meist als Gruppe, als Kategorie betrachtet werden. Für die Geflüchteten werde ich oft als etwas Positives in diesem Land gesehen, nämlich als Beispiel, dass es Ausländer hier schaffen

können, es zu etwas bringen können.

InfoPeru: Bist du im Rückblick zufrieden mit dem, was du machst? Hast du das Gefühl, etwas Positives in der Flüchtlingskrise beitragen zu können?

Francisco Cárdenas: Ich schätze unsere sog. westliche Kultur hoch ein, und ich fühle mich als Peruaner zugehörig dazu. Und ich kann die Ängste wegen des angeblichen „Verlusts europäischer und kultureller Werte“ überhaupt nicht nachvollziehen, halte Abgrenzung für völlig falsch! Wir sind alle aufgefordert, das Positive unserer westlichen Kultur noch klarer zu zeigen. Ich komme aus einem armen Land, ich kenne Armut, Gewalt und soziale Ungerechtigkeit. Deshalb sollten wir es in Deutschland erreichen, aus Solidarität noch verstärkt dazu beizutragen, dass die Geflüchteten schneller aus ihrer elenden Situation herauskommen und wieder in ein „normales Leben“ kommen können. Ich bin stolz darauf, dass ich ein wenig dazu beitragen kann. Abends kehre ich meist müde und oft gestresst nach Hause, aber ich empfinde meine Arbeit als sehr positiv, ich bin froh, meinen Beitrag leisten zu können.

Und wenn mir in Peru Freunde sagen, denen ich von der Flüchtlingsarbeit hier im Land erzähle, dass sie glauben, dass „Deutschland nun seine Geschichte gerade umschreibt“, bin ich sehr bewegt!

Das Interview mit Francisco Cárdenas führte Mechthild Ebeling

6. Unverzichtbar: Community Radios in Peru

Das Radio ist gerade in den ländlichen Gegenden Perus ein unverzichtbares Kommunikationsmittel. Da wo es kein Internet, kein Fernsehen und vielleicht nicht mal einen Handy-Empfang hat, da gibt es doch Radio. Die peruanische Radio-Landschaft, gerade unter den Community-Radios, ist dementsprechend bunt, wie folgendes lesenswerte Informationsblatt des Nachrichtenpools Lateinamerika npla zeigt [infoblatt_community_radio_peru-1-1](#)

7. Wen beschützt die peruanische Polizei ?

Die peruanische Polizei stellt offiziell Polizisten zum Schutz von Bergwerken ab

Espinar, Cusco, vor einigen Jahren: Mitten in der Pampa verläuft die Grenze zum Gelände der Bergbaufirma Tintaya. Plötzlich taucht wie aus dem Nichts ein Mann in der Uniform der peruanischen Polizei auf und verbietet den Zutritt. Nachfragen, ob er hier privat oder im Auftrag der peruanischen Polizei tätig sei, weicht er aus.

Ähnliche Situationen haben die Anwohner von Grossminen immer wieder erlebt und daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass der Staat eher die Minenkonzerne schützt als sie, die einfachen Bürger. Und dass die Polizei bei Protesten auf Seiten der Minen agiert.

Wie aber kommt es zur Zusammenarbeit von peruanischer Polizei und Minenkonzernen ? Zwei Jahre lang hat die Anwältin Ruth Luque von der NGO „Derechos Humanos Sin Frontera“ Anträge auf Herausgabe der Verträge zwischen Polizei und den Firmen gestellt. Im Oktober 2016 konnte sie

nun die Staatsverträge der Öffentlichkeit vorstellen und bestätigen: ja, die peruanische Polizei hat Abkommen mit privaten Grossminen.

Lukrativ für die Polizisten

Im Fall der konfliktreichen Mine Las Bambas im Departament Apurímac sieht das so aus: Der Polizeigeneral für die Region Süd-Ost ist für Kontrolle, Überwachung und Koordination der Einsätze von Polizisten mit Minengesellschaften zuständig. Für die Bezahlung dieser Einsätze wurde bei der Polizei der Region Süd-Ost ein eigenes Konto eingerichtet. Der Vertrag zwischen Polizei und Las Bambas wurde erst am 22. September 2016 erneuert.

Zu den Bergbaufirmen, die Verträge mit der Polizei haben, gehören oder gehörten Tintaya, Las Bambas (MMG aus China), Antapaccay (Glencore), Quechua, Hudbay (Kanada). Aktuell habe, so Ruth Luque, die Polizei über 200 Verträge mit Privatfirmen, davon mindestens 14 mit Bergbauunternehmen. Darin ist festgelegt, dass die Polizei außerhalb, aber auch innerhalb des Geländes der Unternehmen tätig werden darf.

Die Zahlungen sind nach Dienstgrad gestaffelt. Die einfachen Polizisten erhalten pro Tag 100 Soles, ca. 28 €, wenn sie Sicherheitsdienst für die Mine machen. Dies ist ein sehr guter Lohn für einen Polizisten – aus diesem Grund wehren sich die Polizisten auch dagegen, dass ihnen in Zukunft verboten würde, privat oder im Auftrag der Polizei für die Minen zu arbeiten.

Wenn die Bezahlung über einen Kollektivvertrag zwischen Polizei und Bergbauunternehmen läuft, dann verdient die Polizei jeweils eine Art „Verwaltungsanteil“.

Der Vizeminister des Inneren, Ricardo Váldes, antwortete in einem Interview mit Associated Press, dass die Verträge in Zukunft öffentlich zugänglich gemacht würden. Er sprach jedoch nicht davon, dass es diese Verträge nicht mehr geben würde.

Steigerung der Kupferproduktion dank Sicherung durch Polizei

Die enge Kooperation von Polizei und staatlichen Minen hilft mit, die Produktion von Erzen und Mineralien zu steigern.

Stolz verkündete das Bergbauministerium, dass z.B. die Kupferproduktion mit 2,3 Millionen Kubiktonnen im Jahre 2016 höher als die des Vorjahres sein wird. Der Export von Kupfer macht 46% der Einnahmen aus dem Bergbau aus. Die wichtigsten Kupferregionen sind die südlichen Regionen mit Arequipa mit 23%, Cusco mit ca. 16,5% und die nördlichere Region Ancash mit ca. 20%, also Regionen, wo die offizielle Kooperation von Polizei und Bergwerkskonzernen besonders aktiv betrieben wird.

Aber die Polizeigewalt kann nicht alle Konflikte unterdrücken. Am 07.11.2016 besetzten ca. 1000 Bäuerinnen und Bauern aus den Dorfgemeinschaften des Distrikts Chamaca (Region Cusco, Provinz Chumbivilcas) die Anlagen der kanadischen Kupfermine Hudbay. Der Anlass: Das

Bergbauunternehmen setze keine der miteinander vereinbarten Maßnahmen um. Dazu gehörten: Zahlung von Steuern, Projekte gegen die Unterernährung der Kinder, etc. Bisher gab es keine Intervention seitens der Polizei, weil die Konfliktparteien vereinbarten, auf jegliche Aggression zu verzichten.

Als Kampagne „Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“ unterstützen wir die Forderungen der im Netzwerk Red Muqui zusammengeschlossenen NGOS: Keine Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bergbaufirmen.

An die Unternehmen in Deutschland, die Bergbauprodukte aus diesen Firmen kaufen, geht der dringende Aufruf, auf ihre Lieferanten intensiv einzuwirken, eventuelle Verträge mit der peruanischen Polizei aufzuheben.

Heinz Schulze

8. Danke Rodolfo Stavenhagen 1932 - 2016

Wer sich mit der Situation indigener Völker beschäftigt, stößt immer wieder auf den Namen Rodolfo Stavenhagen. Auch die Infostelle Peru hat sich in ihrem Engagement für indigene Völker Perus immer wieder auf Berichte und Expertisen des grossen Soziologen und Ethnologen verlassen. Rodolfo Stavenhagen verstarb am 5. November im Alter von 84 Jahren.

Rodolfo Stavenhagen wurde am 29.8.1932 in Frankfurt geboren. Mit seinen Eltern floh er vor dem Naziterror und kam 1940 nach Mexiko. Seine Großeltern blieben in Deutschland und starben in einem Konzentrationslager. Er studierte Ethnologie und Soziologie in Chicago, Mexiko und Paris. Seit dieser Zeit war sein Arbeits- und Lebensinteresse die Frage der Menschenrechte, insbesondere für die indigenen Völker. Er war u.a. tätig in der UNESCO und in der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Stavenhagen war maßgeblich an der Erarbeitung der ILO Konvention 169 (über die Rechte indigener Völker) beteiligt, wie auch an der Vorarbeit zur UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker. Sein berufliches Credo hieß: Die Ethnologie soll den Menschen dienen und nicht der Macht.

Für die indigene Bevölkerung war seine Tätigkeit als Berichterstatter der Vereinten Staaten für Angelegenheiten indigener Völker (2001-2008) sehr fruchtbar. Durch seine Arbeit als Schriftsteller, Menschenrechtsexperte und Verhandler für die Rechte indigener Völker konnte er viele Menschen dafür sensibilisieren, dass die Kosmvision der Indigenen Völker und ihr Beitrag zum Erhalt der Regenwälder einen unabdingbaren Beitrag zum Überleben der Menschheit darstellt.

Als Universitätslehrer und Autor zahlreicher Publikationen – eine der bekanntesten sind seine „7 Tesis equivocados sobre América Latina“ – hatte er großen Einfluss auf Studierende und auch auf MitarbeiterInnen von Organisationen, die mit indigenen Organisationen arbeiten.

Er war nach der blutigen Beendigung des Protestes Indigener in Bagua in Peru präsent und war ein heftiger Kritiker der rassistischen Vorstellungen von Perus Ex-Präsident Alan Garcia. Posthum würdigte ihn der Ausschuss für Indigene Angelegenheiten des peruanischen Parlaments am 8.11.16.

Seine rigorose, engagierte und fachlich versierte Arbeit, verbunden mit einer großen Menschlichkeit, wird uns und besonders der indigenen Bevölkerung fehlen.

Heinz Schulze

(*Quellen: La jornada, 8.11.16, Marcos Matías Alonso, 7.11. Mexiko, Rocio Silva Santisteban, La Republica, 8.11.16*)

VERANSTALTUNGEN

- **Berlin**

Aus Anlass des Internationalen Menschenrechts-Tages lädt die Berliner Gruppe der Infostelle Peru zum Gedenken an die Opfer des Massakers von El Frontón, das sich heuer zum 30. Male jährt.

Wann: Dienstag, 13. Dezember 2016, 18:30 Uhr

Wo: Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick, Schnellerstr. 1 / Michael-Brückner-Str, 12435 Berlin (Schöneeweide) | S 8, 9, 45, 46, 47, Tram M 17, 21, 60, 67 S-Bhf. Schöneeweide (<http://www.zfdtk.de/>)

Details: Einführung | Einspielung eines Interviews mit der langjährigen Menschenrechtskoordinatorin Rocío Silva Santisteban (14 Minuten, Film auf Spanisch) | Diskussion | Veranstaltung auf Deutsch (bei Bedarf Flüsterübersetzung)

Veranstalter: Berliner Gruppe der Informationsstelle Peru e.V.
www.infostelle-peru.de/web/

Kontakt: Mechthild Ebeling, [ebeling.1\[at\]gmx.de](mailto:ebeling.1[at]gmx.de)

Hier ist die ausführliche Einladung [isp-el-fronton](#)

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird unterstützt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sowie von der Peru-Partnerschaft der Erzdiözese Peru und



Caritas international

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

